

ÄA 1.9

Harald Petzold

Änderungsantrag  
zum Antrag A.1  
„Perspektiven für Brandenburg“

Die Überschrift für Kapitel 4 sollte neu formuliert werden:  
„Armut, Diskriminierung, Benachteiligung und Ausgrenzung überwinden – Wege zur Teilhabe öffnen“

Folgender neuer Unterabschnitt 4.6 sollte eingefügt werden:

4.6. Brandenburg – Land ohne Diskriminierung, Benachteiligung oder Ausgrenzung  
Mit seiner Landesverfassung hat sich Brandenburg Anfang der 1990er Jahre sehr weitgehende Staatsziele gesetzt, um Diskriminierung und Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen oder von Minderheiten zu verhindern. Bei der Umsetzung der damit verbundenen Ansprüche hat es zahlreiche Erfolge, aber immer wieder auch Rückschläge oder Stagnation gegeben. Für DIE LINKE bleibt deshalb der Anspruch erhalten: Brandenburg muss auch in Zukunft als Land ohne Diskriminierung, Benachteiligung und Ausgrenzung erlebbar bleiben. Vielfalt und Verschiedenartigkeit müssen sicht- und lebbar sein. Dies erfordert Unterstützung gewachsener Projekte, aber auch neue Initiativen zur Überwindung bzw. zum Abbau von Diskriminierungen, Berührungspunkten, Benachteiligungen oder Ausgrenzungen, beispielsweise aufgrund der sozialen Lage, der sexuellen Identität, der Herkunft, des Geschlechts oder einer Behinderung.

Begründung:

Brandenburg war eines der ersten Bundesländer, das einen weit gefassten Antidiskriminierungsartikel in seiner Landesverfassung verankert hat. Damit war es Vorbild und Vorreiter in Deutschland. In Umsetzung dieser politischen Ansprüche sind zahlreiche Projekte entstanden, mit denen diese Vorbild- und Vorreiter-Rolle Gestalt annahm. Die aktuellen Herausforderungen machen deutlich: Auf diesem Weg muss weiter und stärker pro-aktiv gearbeitet werden, sowohl um gewachsene Strukturen besser und effektiver zu unterstützen, als auch notwendige neue Initiativen auf den Weg zu bringen. So braucht Brandenburg ähnliche eigene Initiativen, wie sie mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ in unserem Nachbarland bereits bestehen. Darüber hinaus muss es Initiativen zum Abbau der Benachteiligung von Menschen mit ostdeutschen Bildungs- und Ausbildungs-Biografien geben. Nach wie vor ist ihnen der Aufstieg in höhere Führungsaufgaben und -positionen verwehrt. Dies verlängert zwar die Liste `unserer Baustellen´. Aber gleichzeitig sind die Erwartungshaltungen an DIE LINKE. als solidarische, emanzipatorische und Bürgerrechtspartei auf diesen Gebieten besonders hoch.